

Saale-Beitung.

Sechshundertsechzigstes Jahrgang.

Königen

Verkauf um 20 Pf. ...

Bezugspreis ...

Nr. 575. Halle a. S., Dienstag, den 8. Dezember 1908. 1908.

Der Etat und die Besoldungsvorlage.

Deutscher Reichstag.

178. Sitzung vom Montag, den 7. Dezember.

Am 7. Tage des Bundesrats: Fürst Bülow, von Bethmann-Hollweg, Dr. Eghon, Kracitz, Dr. Riebarding, Dernburg, Zweig, u. Aebell.

Sens und Trübner sind gut besucht. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Rechtshinvention mit Oesterreich-Ungarn. Bei der ersten Beratung des Uebereinkommens mit Oesterreich und mit Ungarn über den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz ...

Abg. Dr. Junck (Nl.).

Ich, daß der Vertrag selber keine Bestimmung enthält über den Ausführungszwang von Erfindungen im Inlande. Hoffentlich ist die Regierung bemüht, derartige Vereinbarungen mit anderen Ländern zu treffen, wie bereits mit Italien und der Schweiz. Besonders kritisch ist ja die Frage des Ausführungszwanges gegenüber England. Wir behalten uns vor, auf diese Frage beim Etat des Patentamts zurückzukommen. Das Uebereinkommen wird in erster und zweiter Beratung erledigt.

Die erste Lesung des Etats, und der Besoldungsvorlage.

(Zweiter Tag.)

Abg. Graf Kanitz (Konsf.).

Beiden neuen Steuerentwürfen muß selbst dem geduldesten Steuerzahler die Galle überlaufen. (Heitere Zustimmung.) Nur beim MilitärEtat macht sich die Sparjamkeit geltend. Die Ausgaben für die Marine sind in den letzten Jahren um das achtfache gestiegen. (Hört! hört! rechts.) Bei aller Sympathie für die Flotte ist mir doch zweifelhaft, ob alle Ausgaben im richtigen Verhältnis zur Steuerkraft des deutschen Volkes stehen. Neben unserem Heer und noch die zweitgrößte Flotte zu unterhalten, geht über unsere Kräfte. (Sehr wahr! rechts.) Hoffentlich macht die Budgetkommission beim MarineEtat einige Einsparungen. Die Aufschiffe sind die Topchooten des Landheeres; geht die Entwidlung so weiter, so wird diejenige Nation Siegerin bleiben, die das am besten konstruierte Luftschiff besitzt. Deshalb hätte man die Konstruktion unserer Luftschiffe nicht so in allen Einzelheiten veröffentlichen sollen, das ist uns jeber nachmachen kann. Der Redner polemisiert gegen die zoffenfeindliche Haltung der Sozialdemokratie unter Berufung auf Schippel und Calmer. Von den Sozialdemokraten ist während seiner Rede kein einziges Mitglied im Saale. Dann spricht der Redner über die Sanitätspolitik und ermahnt die Regierung, ihre Aufstellungen zu verbinden, die billigen Auslandserkäufe und Produktionsbeschränkungen. Unter Bezugnahme auf das Mühlenfabrikat empfiehlt er die

Mühlennachsteuer.

die der Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstages über sei. (Beifall rechts.) Beim Postetat sollte nach den Campsen Vorlagen für Erhöhung der Einnahmen und Beschränkung der Ausgaben gefordert werden; Herr v. Camp als Vorsitzender der Budgetkommission wird hoffentlich für Maßregeln sorgen. Warum kann das Reich sich nicht einen eigenen Betriebsfonds schaffen, durch Verkäufung der Silberausprägung? Der Abschluß des Vertrages mit Portugal wird hoffentlich bald auch Spanien von seiner Wapperrückstellung abbringen. Bedauerlich ist es, daß die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten nicht vorwärts kommen.

Die Steuerungen auf dem Balkan

bedeuten keine große Umwälzung; in der Hauptfrage ist es ja der status quo des Berliner Vertrages. Auch die englische Politik und Armeeverfärkung aus zu klümmern, haben wir keinen Anlaß. Was Maroffo anlangt, so wird man die Ergebnisse des Schiedsgerichts abwarten müssen. Erst am 1. Mai soll es zummentrat; vor Juli oder August wird die Caoblanca-Affäre nicht abgeschlossen sein. Die schiedliche Mißbilligung muß ausgeprochen werden gegen die Art der Kritik Scheidemanns. Durch seine Maßlosigkeit hat er ja keinen Angriffen die Spitze abgebrochen (Sehr wahr!); aber bezüglich Maroffos hat er sich auch in Widerspruch gesetzt mit Befehl, der seinerzeit das Engagement der Franzosen in Maroffo als großen Posten für uns bezeichnet hat. Herr Scheidemann möge sich also erst mit Herrn Bebel verständigen, ehe er dem auswärtigen Amt seine fremdenhässlichen Maßregeln erteilt. (Sehr gut!) Wenn die politische Situation — und darüber sind wir wohl alle einig — eine erfreuliche ist, wenn wir alle wissen, daß wir im Kriegsfalle auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, so sollten wir es vor allem vermeiden, durch Zwist und Hader im Innern dem Auslande ein uns unerwünschtes Bild zu geben. (Sehr wahr!) Gott sei Dank steht ja in allen Fragen der auswärtigen Politik das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehr-

heit geschlossen hinter unserer Regierung und hinter dem Reichstag, und dieses Vertrauen wollen wir uns nicht schmälern lassen. In diesem Vertrauen liegt unsere Stärke. (Beifall.)

Abg. Dr. Wiemer (Freisf. Vp.).

Die schuldnerliche Teuerungspolitik, die allgemeine Teuerung ist leider raube Wirtschaft. Jetzt in der Krise machen sich ihre bösen Folgen doppelt bemerkbar. Ohne die Teuerung aller notwendigen Lebensmittel wäre die Reichsfinanzreform sehr viel leichter zu erreichen. (Sehr wahr! links.) Der Schahretär mahnt unter Hinweis auf die schlechte Konjunktur zur Sparjamkeit bei den Beamtenaufbesserungen; aber diese haben dafür unter der Teuerung in den Jahren der Hochkonjunktur mehr gelitten als die anderen Berufe. (Beifällige Zustimmung.) Die Beamten müssen eine ausreichende Aufbesserung erfahren, soll der ganze Beamtenapparat in guter Tätigkeit bleiben. Mehrfach haben in den letzten Wochen Reichstagsabgeordnete in Beamtenversammlungen Ansprachen gehalten. Die Information über die Wünsche der Beamten ist berechtigt, aber nicht zu billigen wäre ein

Beifall um die Gerechtigkeit.

(Allseitiger Beifall.) Besonders denke ich da an die Aueherung eines Mitgliedes der Zentrumspartei, was seine Partei für die betreffende Beamtenkategorie alles getan und daß sie sogar einen solchen Beamten in die Fraktion aufgenommen habe. Das geht über den Rahmen hinaus, der im Interesse der Würde der Volksvertretung gezogen werden muß. (Sehr Beifall bei den Volksparteiern.) Solche Versicherungen des Wohlwollens sind billig, zumal von einer Seite, die selbst durch den Zolltarif zur Teuerung der Lebenshaltung beigetragen hat. (Sehr richtig! links.) Jedenfalls hoffen wir, daß für die Reichsbeamten endlich etwas herauskommt. (Beifall.) Bedenken haben wir gegen die Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses. Der Staatssekretär hat selbst zugehört müssen, daß über 290 Tote in eine niedrigere Serviceklasse gekommen sind. Die Aufstellung ist uns zu schematisch. Die gleichmäßige Behandlung der Verheirateten und Junggesellen billigen wir. Gleiche Leistungen, gleiche Gehaltsätze. Die Gilder der Jagdfolge ist zudem unter der Beamtenhaft nur schwer vertretbar. Diesmal hat die Budgetkommission besonders schwere Arbeit wegen der ständigen Fühlung mit der Steuerkommission.

Sparjamkeit

ist leichter gesagt als gethät. Trotz aller Versuche zu sparen, ist der neue Etat um 90 Millionen höher als der letzte. Lieber als das Entgegenkommen der Militärverwaltung bei den einmaligen Ausgaben wäre uns bei den fortbauenden gewesen, und wir würden, daß nach Verabschiedung der Finanzreform die Militärverwaltung mit den alten Forderungen auf dem Plan erscheinen wird. Gerade bei den fortbauenden Ausgaben sind viele Abstriche möglich. Die Budgetkommission wird den Etat gehörig unter die Lupe nehmen müssen; denken Sie nur an das Pensionierungswesen. Das Vergütungswesen steht noch voller Wünsche. Auch bürokratische Anordnungen hält man die Interferenzen geradezu banal ab, sich an den Ausforderungen zu beteiligen. Man gewinnt den Eindruck, daß die ganze öffentliche Ausforderung nur eine Formalität ist und die Lieferanten schon vorher beifall sind.

Die zweijährige Dienstzeit für berittene Truppen

halten wir nicht für unmöglich. Geändert muß die Stellung des Militärs hinsichtlich werden. (Sehr richtig! links.) Hoffentlich ist der neue Chef, der über das Schicksal von 25 000 Offizieren zu entscheiden hat, der geeignete Mann; von starkem Charakter, Verantwortungsfähigkeit, Sachkunde und Arbeitskraft. Aber die Hauptfrage ist, daß das Amt nicht ein Hofamt ist. (Sehr richtig! links.) kein Organ des persönlichen Regiments, sondern dem Kriegsmilitär unterstellt. Das Kriegsministerium hat heute nur reine Verwaltungsbefugnisse, in allen Kommandoangelegenheiten hat es nichts zu sagen. Daher seine Machtlosigkeit, daher Unstimmigkeiten und Mißgriffe, wie z. B. auch die

Ueberrisse militärischer Behörden

in das bürgerliche Leben der Reserveoffiziere und Aspiranten. Wir haben nichts gegen die Kriegereine, wenn sie sich von Politik fernhalten, aber wir halten jeden Zwang auf Reserveoffiziere, ihnen Beizutreten, für völlig verwerflich. (Sehr wahr! links.) Die Anzuegung Bessermanns, bei der Auswahl der Offiziere für die Beizutretenden recht vorzüglich zu sein, kann ich nur fröhlich unterstützen. — Der Marineetat hält sich im Rahmen des Flottenprogramms das Wort bereit; aber wenn die Technik uns dazu drängt, können wir auch vor einer Aenderung nicht zurück, ohne zu fürchten, daß uns das Ausland das als Schwäche auslegen könnte. Was Deutschland an Kühlung braucht, kann es sich nicht durch Mehrheitsbeschlüsse irgend welcher Mächte verschaffen lassen. Aber etwas ganz anderes muß doch Vereinbarung mit einer bestimmten Macht über den Abschluß der herbeizutretenden Kühlung. Deshalb wäre es uns sehr interessant, zu erfahren, ob von englischer Seite Vorstöße in dieser Richtung gemacht und aus welchen Gründen sie zurückgewiesen worden sind. (Sehr gut! bei den Freisf.)

Auch wir meinen, daß wir England nicht nachkaufen sollen, aber die Vorgänge im englischen Oberhause sind doch bezeichnend

für die Stimmung jenseits des Kanals. Der Gedanke einer deutschen Invasion ist so absurd, daß es sich nicht verlohnt, darauf weiter einzugehen. Wir bebauern, daß die reichlichen Bemühungen, die Mißverständnisse zwischen uns und England zu beseitigen, aufs neue beinträchtigt sind. (Beifall.)

Die kolonialen Zuschüsse gehen erfreulich zurück. Bezüglich der Diamanten aber sage ich abwarten. (Sehr richtig!) Ob die Forderung von 5000 Mark für die Anlage von 4 öffentlichen Werten in Kamerun von Sparjamkeit zeugt, möchte ich bezweifeln. (Seitertzeit.) 1250 Mark für jede dieser werdenden Anlagen sind ein bißchen viel. (Große Seitertzeit.) Die Ausgaben des Postetats liegen in seinem Verhältnis zu den Einnahmen. Einer Erhöhung der Zernsprachgebühren müßten wir auf das entsprechende midergesprechen. Im Etat des Reichsamts des Innern findet sich ein Posten von 400 000 Mark für die Brüsseler Weltausstellung. In den Kreisen der deutschen Industrie und des deutschen Handels herrscht aber eine gewisse Ausstellungenmüdigkeit. — Auch wir erheben eine Klage über die Handhabung des Vereinsgesetzes. Namentlich im Osten sind vielfache Verträge gegen Sinn und Geist des Gesetzes vorgekommen. (Sehr wahr! links.) Bei den preussischen Landtagswahlen haben wir traurige Erfahrungen mit einem kleinlichen Vorgehelt gemacht. Eine öffentliche Täuschung unserer Freunde hat Gotthen dem Staatssekretär nicht vorwerfen können. Nach der gangen Vorgeschichte des Kompromisses ist es richtig, daß den politischen Weiterorganisations des Wahlreiters der Gebrauch der fremden Sprache in öffentlichen Versammlungen nicht gestattet werden sollte, sofern er die Mehr von deutschen Vaterland erleideten, oder Beeinträchtigungen fördern könnte, die dem Deutschen Reich feindlich sind. (Hört! hört! rechts.) Wer erst die mißbräuchliche Anwendung der Sprachenfreiheit würde das Verbot vorzuziehen. Wir werden auf die Frage zurückkommen und hoffen, mit dem Staatssekretär zu einer erfreulichen Verständigung zu gelangen. Die rührende Sorge des Herrn Scheidemann um unser Volksergehen ist uns etwas verdächtig. Wir lassen uns von unserer Kritik nicht abhalten und werden das auch im Fall Schiding beim Kultusamt im Abgeordnetenhause tun.

Unsere Haltung im Caoblanca-Fall

hat Herr Balfemann gestützt. Wir können ihm darin nicht völlig folgen. Warum hat man erst eine Entschuldigung von Frankreich verlangt? Jedenfalls billigen wir die Einlegung des Schiedsgerichts; hätten wir schon ein allgemeines Schiedsgericht, so hätte diese wenig wichtige Caoblancafrage nicht erst zu dem werden können, was sie geworden ist.

Die Vorgänge auf dem Balkan verdienen die ernsteste Aufmerksamkeit. Neben wird in der Kommission zu prüfen sein, wie es kam, daß Herr v. Maroffo gerade zur kritischen Situation nicht in Konstantinopel war. Wie man sich auf den Balkanpolitik Oesterreich-Ungarn stellen mag, unser Maß ist an der Seite Oesterreichs in guten, und erst recht in schweren Tagen. (Sehr Beifall.) Die

Ausforderungen in Prag

sind im hohen Grade bedauerlich und unwürdig eines Kulturstaates. (Erneuter Beifall.) Gethern haben die Berliner Studenten gegen die schiedliche Angriffe auf deutsche Professoren und Studenten Protest erhoben, haben sie als eine ernste Gefährdung deutscher Bildung und Kultur bezeichnet. Herorragende Hochschullehrer haben in dieser Verammlung Antrinnen gehalten. Diese Symptomatische Erklärung ist in vollem Maße richtig und entspricht den Empfindungen vieler Volkstheile auch außerhalb der Studentenschaft. (Sehr Beifall.) Aber mit vollem Recht hat Professor v. Wjts in dieser Verammlung ausgeprochen, daß diese Kundgebung keine Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs bedeutet. Eine solche Einmischung muß unterjertets verbieden werden, genau wie wir uns eine solche Einmischung verbieten würden. Was wir aber verlangen müssen, ist, daß die Vertreter des Deutschen Reichs im Ausland sich der Deutschen annehmen. (Sehr richtig!) Nur war dieser Tage eine Abordnung der deutschen Kolonie von Prag in Berlin und hat Klage geführt über die mangelhafte Wahrnehmung der berechtigten Interessen unserer Landsleute. (Hört! hört!) Der deutsche Konsul in Prag soll nicht genügend Fühlung mit den Reichsangehörigen haben. (Hört! hört!) Anzumeist diese Klage berechtigt ist, wird die Untersuchung ergeben. Nebenfalls muß aber gefordert werden, daß

Die deutschen Vertreter im Ausland

die berechtigten Interessen der im Ausland lebenden Reichsangehörigen mit allem Nachdruck vertreten. (Sebbasther Beifall.)

Das Bild, das ich geteilt habe, ist kein erfreuliches. Mißverständnisse, Enttäuschungen und Gefahren auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, Fehler, Bestimmungen und finanzielle Sorgen im Innern. Ich glaube nicht, mit Herrn Scheidemann, an eine Katastrophe. Aber es wird aller Kraft, Selbsterkenntnis, Opferwilligkeit und Einmütigkeit bedürfen, um aus den Schwierigkeiten heraus- und vorwärts zu kommen. Der beste Weg ist eine

allseitige Reformpolitik,

die den Forderungen der Gegenwart gerecht wird. Sie ist zugleich ein mächtiger Faktor zur Hebung des Vertrauens in die auswärtige Politik und des Ansehens des Deutschen Reichs im Reiche der Kulturvölker. (Sebbasther Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bälou:

M. S. Von allen Rednern aus dem Hause sind schwerwiegende Fragen der ausserordentlichen Politik besprochen worden. Ich will darüber das Nachstehende sagen: Die politische Lage in Europa wurde in den letzten Monaten von dem Umfussung in der Türkei beherzigt. Ueber diesen Umfussung sind in der Presse und auch in diesem hohen Hause Ansichten geäußert worden, welche der Wirklichkeit nicht entsprechen. Der Abg. Scheidemann hat sich zu der Behauptung verhalten, daß diese Bewegung angeführt worden wäre von Verschwörern und Schnorren, die angeführt bei ihrem früheren Aufenthalt in Deutschland von meiner Seite eine unfreundliche Behandlung erfahren hätten. Die Führer der Bewegung waren keine Schnorren, sondern meist Offiziere, tüchtige Offiziere, die ihre Ausbildung bei uns, in unserem Heere, erhalten haben, und die an unser Heer und unser Land aufrichtige Anhänglichkeit besitzen haben. Die Bewegung hat sich ohne Blutvergießen und unter Schonung widerstrebender Elemente vollzogen. Die Bewegung hatte Würde und hat der ganzen zivilisierten Welt Achtung und Sympathie eingebracht. Ich habe selbst mehrere dieser Herren bei mir gesehen, die mir hohe Achtung eingebracht haben. Sie sind keine Utopisten, und es sind Patrioten. Auch bei diesem Anlaß sind im Ausland wieder allerlei

Unwahrheiten über unsere Politik

verbreitet worden. Man hat geglaubt, wir wären Gegner dieser Bewegung, weil wir in guten und freundlichen Beziehungen zu dem alten Regime in der Türkei standen. Darin liegt eine völlige Verkennung der diplomatischen Gewohnheiten und des Wesen aller Politik. Es kann nicht Aufgabe einer Politik sein, anderen Vorschriften über verfassungsmäßige Einrichtungen zu geben, sich in die inneren Verhältnisse fremder Länder einzumischen und den Schicksal zu spielen.

Wir mußten selbstverständlich mit der bestehenden Ordnung rechnen. Am ihren Rat gefragt, haben unsere Vertreter, Herr von Marshall und Herr von Schirrhof, bei jeder Gelegenheit Reformen befürwortet; wir haben auch jetzt keinen anderen Wunsch, als die Türkei politisch und wirtschaftlich gekräftigt zu sehen. Wie sollte dem auch anders sein? Wir haben ja niemals ein Stück osmanischen Bodens an uns gerissen oder beansprucht. Wir haben das nicht aus Moral getan oder aus Genugthuung, sondern weil unsere geographische Lage keine Veranlassung dazu gab. (Große Heiterkeit.) Um lo aufrechter ist aber unser Wunsch, daß die Türkei innerlich stark und gesund bleibe. Wenn auch, wie Graf Knigge richtig dargelegt hat, die Türkei durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina keinen tatsächlichen Verlust erlitten, durch die Räumung des Sandbuchs Nowibazar sogar etwas gewonnen hat und wenn auch ferner die Selbständigkeitsklärung Bulgariens für die Türkei wenigstens keine wirklichen Gebietsverluste bedeutet, so haben doch diese Ereignisse auf der Balkanhalbinsel eine lebhaftige Bewegung hervorgerufen und durch die damit verbundenen Änderungen des Berliner Vertrages die europäische Diplomatie vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Bei der Wahrung der deutschen Interessen waren wir von vornherein über zwei Punkte klar, erstens, daß wir bei dem diplomatischen Spiel anderen Mächten Vorkauf lassen müssen. Ich bestritte nicht, daß anders, als zurzeit des Fürsten Bismarck, Deutschland heute erhebliche wirtschaftliche

Interessen auf der Balkanhalbinsel

besitzt, aber auch heute haben wir ebensoviele, wie bei der letzten letzten orientalischen Krisis vor einem Menschenalter, uns für andere bei der Regelung der politischen Neubildung näher interessierte Mächte in eine führende Stellung drängen lassen.

Der zweite Punkt, über den ich nicht einen Augenblick zweifelhaft war, war die

Treue zu dem uns verbindenden Oesterreich-Ungarn.

(Braus.) M. S. Wir sind von der Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung, die Okkupation in eine Annexion zu verwandeln, ungefähre gleichzeitig mit Italien und Rußland in Kenntnis gesetzt worden. Ueber den Zeitpunkt und die Form der Annexion war uns vorher nichts Näheres nicht bekannt. (Hört! Hört! links.) Ich denke nicht daran, dem Wiener Kabinett das über zu nehmen, offen gestanden, ich bin ich sogar dankbar dafür. (Heiterkeit.) Gewiß, m. W., ich bin ihm dankbar dafür. Die österreichisch-ungarische Monarchie kann und muß selbständig entscheiden, welche Fragen für sie Lebensfragen sind und wie sie solche Fragen behandeln will. Selbstverständlich hatten wir das Recht und die Pflicht, uns zu fragen, wie weit wir für das spezielle Interesse unseres Verbündeten eintreten wollten. Wir haben nicht einen Augenblick gezögert, nicht nur nichts zu tun, was den österreichischen Interessen hinderlich gewesen wäre, sondern haben diese Interessen nach Möglichkeit unterstützt. Daß wir nicht gezögert haben, diese Haltung einzunehmen, betone ich ganz besonders gegenüber dem Abg. Speß. Zu meinem Erschauen und zu meinem Bedauern hat Abg. Speß vorgeschrieben, daß wir erst jetzt spät und erst nach längerem Zögern unseren Platz an der Seite Oesterreich-Ungarns eingenommen hätten. Wenn ich dem Abg. Speß Einblick in die Akten gewähren würde, in meine Instruktionen und in meine Erlasse, würde er gewiß zugeben, daß dieser Vorwurf unbegründet und ungerichtet war. Es war eine natürliche Folge der von uns Oesterreich-Ungarn gegenüber eingenommenen loyalen Haltung, daß ich dem russischen Minister des Aeußern Herrn Zsolovski keinen Zweifel darüber lassen durfte, daß wir uns in der Konferenzfrage nicht von Oesterreich-Ungarn trennen würden. Im übrigen begegneten wir uns, Herr Zsolovski und ich, in der Ueberzeugung, daß die deutsche Politik keine Spitze gegen Rußland haben sollte und umgekehrt, daß die alten traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Reichen aufrechterhalten bleiben müßten. (Lebhafter Beifall rechts.) Herr Zsolovski hat mir auch bei diesem Anlaß wieder versichert, daß keine, weder offene noch geheime russisch-englische Abmachungen beständen, die sich gegen die deutschen Interessen richten könnten. (Hört! Hört! rechts.) M. S., die italienische Politik wird ähnlich wie die

deutsche durch ihr eigenes Interesse zu einer permissiven Haltung geführt. Das hat in seiner neuesten Rede der beehrte italienische Minister des Aeußern, Herr Tittoni, eingehend dargelegt.

Ich habe die Zuversicht, daß es möglich sein wird, den Gegensatz, der sich in jüngster Zeit zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien gezeigt hat, ebenso wieder auszugleichen, wie dies früher in vielen Fällen geschehen ist. Ich sehe nicht ein, warum es nicht möglich sein sollte, die österreichisch-ungarischen und die italienischen Interessen in Einklang zu bringen. Jedenfalls bin ich davon überzeugt, daß Italien ein großes Interesse daran hat, wie mit Deutschland so auch mit Oesterreich-Ungarn verbündet zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Einer der größten Diplomaten, dem ich in meinem politischen Leben begegnet bin, Graf Nigra, aus der Schule des genialen und großen Cavour, habe in den sechziger Jahren das junge Königreich Italien mit Erfolg in Paris vertreten. Er war ein glühender Patriot und sagte mir kurz vor seinem Tode, es muß im Jahre 1902 oder 1903 gewesen sein: „Italien kann mit Oesterreich entweder nur verbündet oder verfeindet sein. Ich glaube nicht, daß die Beziehungen es gut mit Italien meinen, die ihm zu Abenteurertaten, die die große Zukunft und die erfreuliche Entwicklung des Landes in Frage stellen würden.“ (Sehr richtig! rechts.) Auf diese erfreuliche Entwicklung hat vor drei Tagen mein beehrter Freund, der italienische Minister

Politik

hingewiesen, der an dieser Entwicklung und an diesem Aufschwung selbst teilgenommen hat; und mit Recht.

Politik hat bei diesem Anlaß auch die segensvolle Wirkung des Dreieckes hervorgerufen, der den drei durch sich verbindenden Reichen — und ich füge hinzu — ganz Europa eine lange Periode des Friedens und des steigenden Wohlstandes gesichert hat. (Sehr richtig!) M. S., was unser Verhältnis zu Frankreich angeht, so birgt das marokkanische Problem noch mancherlei Schwierigkeiten in sich. Ich hoffe aber bei dem auf allen Seiten vorhandenen guten Willen, daß es möglich sein wird, wie in der Anerkennungsforderung, so auch bei etwa noch auftretenden anderen Problemen zu einer Verständigung zu gelangen. Der Zwischenfall mit den Deputierten in Colobanica ist einem Schiedsgericht überwiesen worden. Bei der Besprechung dieses Zwischenfalles hat vorgestern der Vertreter der austriischen Linien Angriffe gerichtet gegen unsere Konjunkturbehörden wegen des Schutzes, den sie den

Delegierten

haben zuteil werden lassen. Damit stellt der Abg. Scheidemann sich auf den Standpunkt, den in Frankreich gerade die nationalökonomischen und militärischen Organe eingenommen haben. (Hört! Hört!) Wenn es sich um deutsche Vorgänge, um deutsche Verhältnisse handelt, ist der Abg. Scheidemann doch nicht gerade militärfreundlich. Wenn es sich aber darum handelt, die eigene Politik anzugreifen und der Politik des eigenen Landes Schwierigkeiten zu bereiten, so überkommt ihn ein militärischer Geist, von dem ich nur wünschen kann, daß er ihm auch bei Beratung des Militäretats treu bleiben möge. (Heiterkeit und Sehr gut!) Ueber die Unterbreitung des Zwischenfalles in Colobanica an das Schiedsgericht möchte ich Nachstehendes sagen: Solange wir annehmen müßten, — und das will ich zu den Ausführungen des Abg. Wiener hervorheben — daß ungesetzliche Eingriffe der französischen Organe in unsere Konjunkturorgane vorliegen, müßten wir an der Forderung, daß die französische Regierung ihr Bedauern über die Eingriffe ihrer Organe ausgespreche, zur Wahrung unserer Konjunkturorgane festhalten und darauf bestehen bleiben, daß eine solche Erklärung der Ueberweisung an ein Schiedsgericht voraussetze. Als aber ein französischer, mit einigem Material versehenen Bericht ankam, nach dem die für solche Eingriffe in Betracht kommende Tatsachen freitragbar, konnte für uns billigerweise kein Grund mehr bestehen, jene französische Erklärung vor Feststellung des Tatbestandes durch ein Schiedsgericht zu verlangen. Moraus ist nunmehr ankam, war, den diplomatischen Streit formal in einer der Würde keiner Teile entsprechenden Weise zu erledigen. Das ist durch die von uns gewünschte und vereinbarte Formel geschieden, in der beide Regierungen vorweg ihr Bedauern ausgesprochen und die Feststellung des Tatbestandes und der weiteren Rechtfolgen einem Schiedsgericht überlassen. Man hat bei diesem Anlaß in der Presse wieder von einer Niederlage der deutschen Politik gesprochen. Ich glaube, daß die verständigen, vernünftigen, friedlichen Elemente in beiden Ländern mit dieser Regelung zufrieden sein können und sehr in der gefundenen Lösung einen Sieg der Vernunft. (Beifall rechts.) Es macht sich bei uns, wie auch anderswo bei solchen Anlässen, eine Ueberstimmung der sogenannten Prestige-Politik geltend. Gerade so wie es Frauen gibt, die keine Schminke brauchen (Heiterkeit), gibt es auch Länder, die stark genug sind, um ihrem eigenen Vorteil auf eine feinsinnige und unaufzählbare Prestige-Politik verzichten zu können. Suchen wir unseren Vorteil, suchen wir unsere Ehre in der Erhaltung der Fundamente der deutschen Machtstellung und in der Wahrung der Zukunft des deutschen Volkes, nicht in Eitelkeiten und Fittler. Als erzieulich betrachte ich es mit Herrn Bassermann, daß die Entwicklung der orientalischen Frage zwischen der deutschen Politik und der französischen Politik nicht nur keine Gegensätze hervorgerufen, sondern manche Berührungspunkte geliefert hat. In den Vorbereitungen, wie bei mehreren diplomatischen Demarchen haben beide Regierungen, die deutsche, wie die französische, Verständnis für diesen günstigen Umstand gezeigt. — Ueber das Abkommen, das die Vereinigten Staaten und Japan über ihre pacifischen Interessen abgeschlossen haben, will ich das Nachstehende sagen: Der Inhalt dieses Abkommens ist uns von den Vertretern der beiden beteiligten Mächte mitgeteilt worden. Wir haben aus dieser Mitteilung ersehen, daß die neue Vereinbarung durchaus im Einklang ist mit den Prinzipien, die der deutschen Politik im fernem Osten zugrunde liegen. Das sind die offene Tür auf wirtschaftlichem Gebiet, der Status quo in den territorialen Verhältnissen und die Integrität und Unabhängigkeit des chinesischen Reiches. Wir haben keinen Anlaß, ein Abkommen anders als mit Sympathie zu betrachten,

das eine neue Stütze dieser Prinzipien und damit eine weitere Garantie der friedlichen Entwicklung im fernem Osten bildet. Gegenüber der Ansicht, als wäre Deutschland durch das japanisch-amerikanische Abkommen unangenehm berührt, oder gar ausgefaltet worden, will ich anhangen innern, daß wir selbst jetzt langsam ein ganz ähnliches Abkommen mit Japan besitzen. Japan ist dasjenige ähnliche Abkommen von 1900, in dem die Grundzüge der Achtung der beiderseitigen Vertragsrechte des territorialen Status quo und der Politik der offenen Tür ausgesprochen sind, ausdrücklich durch Notenaustausch bekräftigt.

Von unserer Ausschließung ist also in Ostasien so wenig die Rede wie in der Türkei oder anderwärts. Was die beiderseitigen Erträge in Prag und anderen Orten der österreichisch-ungarischen Monarchie betrifft, so haben unsere Vertreter lediglich die erforderlichen Schritte getan, um festzustellen, ob und inwieweit deutsche Reichsangehörige dabei beteiligt oder zu Schaden gekommen sind, und um sich zu vergewissern, daß diesen deutschen Reichsangehörigen der nötige Schutz in gebührender Weise zuteil wird. Darüber hinaus uns in die inneren Vorgänge, Gegensätze und Streitigkeiten eines fremden Landes einzumischen, würde ebenso sehr den deutschen Interessen widersprechen, wie den festen Gesetzen, die gerade in dieser Beziehung Fürst Bismarck der deutschen Politik vorgezeichnet hat. Mit Recht hat mein Herr Vortrager darauf hingewiesen, gerade weil wir nicht wünschen und nicht erlauben, daß sich andere in unsere Verhältnisse einmischen, müssen wir auch in dieser Beziehung Zurückhaltung üben und Besicht an den Tag legen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich höre noch einmal zu dem Ausgangspunkt meiner Ausführungen, zu der Lage im nahen Osten, zurück. Wenn sich die englische Politik in neuerer Zeit sehr freundlich zu der Türkei gestellt hat, so sind wir die ersten, die Grund haben, uns darüber zu freuen. Wir wünschen eine gesunde Türkei. Wenn England daselbst anstrebt, so kann das den Beziehungen zwischen Deutschland und England nur zugute kommen. Deutschland und England führen in Konstantinopel gar keinen Konkurrenzkampf und brauchen sich dort gegenseitig nicht auszuschießen. Ueberhaupt schließe ich mich ganz dem an, was der englische Premierminister Asquith kürzlich über den Geist gegenseitigen Wohlwollens im Verkehr zwischen Deutschland und England gesagt hat, ich bin auch ganz der Ansicht, die der englische Minister des Aeußern Sir Edward Grey ausgesprochen hat, daß eine

Konferenz über Balkanfragen

ein starkes Berührungsmittel sein könnte. Wir wünschen, daß sie als ein Berührungsmittel wirken möge, und hoffen, daß der europäische Friede nicht gestört werden wird. Diejenigen, die velleitete Klugung hätten, ihn zu fördern, sind zu schwach, und diejenigen, die es könnten, haben keinen Grund, es zu wollen. Ich wiederhole: unsere Politik ist einfach und klar. Wir werden die deutschen Interessen wahren, unsere Verbündeten und Freunden zur Seite stehen und in Uebereinstimmung mit diesem hohen Hause, in Uebereinstimmung mit dem deutschen Volk, alle auf die Erhaltung und Förderung des Friedens gerichteten Bestrebungen unterstützen. (Beifall.)

Herr v. Camp (Reichsp.)

In dem Freundschaftsverhältnis zwischen England, Frankreich und Rußland sehen wir keine Gefahr für Deutschland. Auch das Abkommen zwischen Japan und Amerika ist für uns kein Grund zur Sorge. Mit den Erklärungen des Reichskanzlers über die Haager Vorgänge sind wir durchaus einverstanden. Der Etat des Kriegsministeriums muß einheitlicher und systematischer gestaltet werden. Das wird mit der Reorganisation des ganzen Rechnungswesens zusammenhängen. In unserem ruhigen Vertrauen wollen wir uns weder durch Galle noch durch Reim heizen lassen. Neue Ausgaben benötigen wir nicht mehr ohne Bedarfsfall. Sparmittel tut not, besonders beim Verkehr und der Post. (Beifall rechts.)

Abg. Vatmann (wirtsch. Vgg.)

protestiert mit scharfen Worten gegen die Erzfälle in Prag und behauptet dann eingehend die Befehlswahl. Das Deutsche Reich müsse endlich zu einer guten Beamtenpolitik gelangen. Hierzu vertritt sich das Haus auf Mittwoch, 1 Uhr (3. Sitzung der Beauftragtenkommission, Fortsetzung der Etat-Debatte). Schluß 6 Uhr.

Der Kampf der Lehrer um den Religionsunterricht.

Angesichts der fortgesetzten Versuche der Orthoborie, die Bestrebungen der Lehrerschaft als unheilvoll hinzustellen, Versuche, die nach der jüngsten Zuzauer Lehrerversammlung zu den heftigsten Ausfällen ausarteten, ist darauf hingewiesen, daß die Bemühungen der Lehrerschaft einzig und allein darauf gerichtet sind, den Religionsunterricht umzugestalten.

Und in der Tat, es ist notwendig, den Religionsunterricht mehr als bisher auf religiöser Vertiefung und Wahrhaftigkeit aufzubauen, damit die Religion, die wieder im Begriff ist, Lebensproblem zu werden, die Macht bekomme, die ihr im Menschenleben zukommt. Die Gleichgültigkeit in religiösen Dingen, die in weiten Kreisen der kaum aus der Schule entlassenen Jugend zu finden ist, bringt den Beweis, wie wenig fruchtbringend der jetzige religiöse Unterricht gewesen ist. Deswegen will die Lehrerschaft nicht mehr, so schreibt das „L. Tgbl.“, eine „in Formeln und Dogmen eingetragene“ religiöse Unterweisung, unter deren Last Kinder und Lehrer seufzen, die dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft, dem allgemeinen Zeitbewußtsein und den psychologischen Gesetzen der Entwicklung des Kindes widerspricht, ihren Schülern bieten, sie vielmehr einen echt kindlichen, auf pädagogisch-psychologische Grundlage aufbauenden Unterricht zu erteilen, durch den sie hofft, leichter als bisher den Weg zum Herzen der Kinder zu finden, um dadurch eine Vertiefung des gesamten religiösen Lebens herbeizuführen zu helfen. Deshalb kann auch nach Meinung der Lehrer nicht mehr der Ausschluß von seinem Dogmatismus, der schon an sich wegen seines abstrakten Charakters kein Buch für die Unmündigen ist, die

Grundlage und der Ausgangspunkt des Religionsunterrichts sein, sondern kinderförmliche, in plastischer Sprache und naiver Anschaulichkeit geschriebene Erzählungen und Schilderungen der Heiligen Schrift, sowie die wertvollen Stoffe, die die Literatur aller Völker und Zeiten dem Erzähler an die Hand geben. Eine der wichtigsten Forderungen in der Reformbewegung betrifft den unbedeutendsten Punkt des gegenwärtigen Religionsunterrichts: die Ueberfülle des Lernstoffes. Bei der Auswahl des Stoffes können nicht Rücksichten auf die Kirche, sondern nur das Interesse des Kindes in Frage kommen. Der Fächerplan wird stets den Erziehungsgeboten in den Vordergrund stellen müssen. Religion soll beglücken und Frieden geben. Durch das bisherige System aber werden die Religionsstunden zu Stunden der Qual. Dieser von der Erziehung geforderte Religionsunterricht ist zwar im Sinne der Orthodoxie kein theologischer mehr, insofern dafür ein christlicher und vor allem ein kindlicher, durch das Innereleben des Kindes gewiß mehr als bisher eine heilsame Förderung erfahren wird.

Deutsches Reich.

Zum Abschluß des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages.
Berlin, 7. Dez. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Durch den am 20. v. M. unterzeichneten deutsch-portugiesischen Handelsvertrag sichern sich beide Staaten grundsätzlich die Meeresbegrenzung zu. Eine Ausnahmefolge nehmen in Portugal Brasilien und Spanien ein. Der portugiesische Zolltarif ist für die Dauer des Vertrages gebunden mit Ausnahme einer Anzahl von Artikeln bezüglich deren die Zölle bis zu dem vertragsmäßig festgesetzten Betrag erhöht werden können, wofür dann andererseits die Zölle auf eine Reihe anderer ebenso besonders aufgeführter Waren ermäßigt werden müssen. Deutschland hat dagegen Portugal das Zunftähnliche gemacht, daß die Weinmärkte Port und Madeira als Herkunftsbegrenzung im Sinne des deutschen Gesetzes zum Schutz der Warenbezeichnung anerkannt und ihre Anwendung nur für Weine des portugiesischen Bezugsgebiets und der Insel Madeira gestattet wird, sofern diese Weine mit Ursprungszeugnissen über die Häfen von Oporto und Funcha ausgeführt sind.

Allgemeine Mitteilungen.

Wie verlautet, ist beabsichtigt, dem Geheimrat Mathena u., Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, anlässlich seines 70. Geburtstages den Adel zu verliehen.
Der Direktor im Herrenhause, Rechnungsrat David, ist zum Geh. Rechnungsrat ernannt worden. Geheimrat David steht erst seit 1906 an der Spitze des Bureaus des Herrenhauses, dem er aber vorher schon lange Jahre als Kassator und Registrator angehört hat.
Infolge der Vermehrung der Torpedoformationen in der Marineetat ein zweites Torpedoboot-Schwimmbot in Kiel vor und fordert die erste Rate dafür.

Ausland.

Das deutsche Gespinnst.

Die englische Furcht vor einem deutschen Ueberfall scheint doch recht erheblich zu sein. Wie wir hören, wurden jüngst an die Küste Manches, die mit einer etwaigen Invasion rechnen, vorgenommen. Hierzu liegt folgende Meldung vor:

London, 7. Dez. Eine Probe der Abwehr einer plötzlichen Invasion Englands wurde gestern mit Truppen der in Übung begriffenen Territorialarmee in Essex vorgenommen. 20 Mann in Chelmsford und Maldon lebender Kompanien, die seit drei Wochen dazu gedrillt worden waren, wurden morgens um 9 Uhr 15 Minuten alarmiert. Das Chelmsford Kontingent war zum größeren Teil eine Viertelstunde später auf dem Marsche nach Burnham, wo eine feindliche Landung markiert war. Kurz nach 10 Uhr folgten die Kadetten in Motoromnibussen. Die Leute aus Maldon stiegen in einer Entfernung von 24 Kilometer bei Sandhington, um 12 Uhr 15 Min. zu ihnen. Darauf schürmte die ganze Abteilung jedes Kilometer weit aus nach einem Plan mit der Grundidee, daß sie einer nachfolgenden Hauptmacht als Auffüllungsgruppe zu dienen habe. Die Manöverprobe war offiziell in folgende Form gefaßt: „Während England in Ostasien kriegerisch beschäftigt ist, landet der Feind auf der Halbinsel zwischen den Mündungen der Flüsse Stauwater und Crouch.“ Die Operationen waren beendigt durch strömenden Regen. Die Probenmanöver erfolgte zur Widerlegung der Behauptung, es sei unmöglich, die Territorialtruppen so schnell kampfbereit zu machen, und wird als großer Erfolg betrachtet.

England contra Denburg.

In äußerst scharfer Weise wiederholt der „Standard“ die vor sechs Monaten litorierte Meldung, daß Denburg in Liverpooler Weise an Mexiko, den Premierminister der Republik sowie Erhebung der Walfischerei über den Zustand heranzutreten sei. Damit meint der „Standard“, daß Denburg in einer Gebietsfrage über den Kopf der Londoner Zentralregierung hinweg mit der Kolonialkommission verhandelt, habe er sich einer Verletzung der diplomatischen Gewissens schuldig gemacht. Er habe wohl gehofft auf diesem Wege und unter Ausnutzung der Antimotivität der Boeren gegen England leichter zum Ziele zu gelangen.

(Die Walfischerei liegt an der Westküste Südamerikas, namentlich dem Gebiet Deutsch-Südwesterküste umgeben. Auf deutscher Seite ist wiederholt betont worden, daß der Hafen der Walfischerei nichts tauglich und daß daher für Deutschland kein Anseh vorliege, mit England ein Handelsgebiets betr. der Walfischerei zu machen.)

Ein italienisch-russisches Bündnis.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus London wird in dortigen politischen Kreisen mit Bestimmtheit behauptet, daß zwischen Rußland und Italien nicht bloß eine einfache Entente, sondern ein Uebereinkommen bestche.

morin beide Mächte sich verpflichten, in allen Fällen einander energisch zu unterstützen.

Französische Leibeserben gegen den Dreibund.

Der Herausgeber einer angesehenen italienischen dreibundfreundlichen Zeitung jagte dem römischen Mitarbeiter eines Berliner Mittagsblattes anlässlich eines Gesprächs über Maximilian Hardens Kritik der Tätigkeit des französischen Botschafters in Rom: „In Italien gibt es zwei französische Botschafter: den offiziellen in Rom und einen inoffiziellen in Mailand. Von einer dem letzteren nahestehenden Seite ist mir vor einigen Monaten ein jährlicher Zuschuß von 20 000 Francs angeboten worden, falls mein Blatt vom Dreibund abschwanken wollte.“

Eine russische Herausforderung.

Die „Komoje Wremja“, die schon öfters in plumpen Anempfehlungen Deutschlands sich hervorgetan hat, leistet sich folgenden Erguß:

Der jüngste Versuch Oesterreichs, uns (d. h. Rußland) mit der Kriegsbereitschaft Deutschlands einzuschüchtern, ist für uns eben so wenig überzeugend, wie für die Deutschen die Einschüchterung mit der Kriegstüchtigkeit der französischen Armee. Diese Einschüchterung ist für uns um so weniger überzeugend, als durch die Feder des Leutnants Bisse (sic!) Europa (!) allmählich zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß die gegenwärtige deutsche Armee in vielen Stücken an die französische Armee vorzuziehen ist.

(Es ist höchst, daß in diesen Tagen der allgemeinen politischen Spannung die Herrschaften in Petersburg sich den Sinn für Humor bedarf haben.)

Die Balkankrise.

Montenegrinischer Soldaten.

Sonnabend abend haben die „Doff. Ztg.“ aus zweifelhafte Quelle wissen will, 227 Rekruten des 36. Infanterie-Regiments (Zugabteilung) gemeldet, als sie zu ihrer Truppe nach der Herzegovina einrückten sollten. In Bosnienhof weigerten sie sich, den Zug zu befehlen und drohten, sich mit Gewalt der Einmündung zu widersetzen. Wie der die Abteilung kommandierende Leutnant erzählte, wurde die Abteilung schon beim Abmarsch aus der Heimat von der Bevölkerung aufgefordert, auf die serbischen Brüder nicht zu schießen. Ein aus Slavonien-Brod herbeigeschicktes Bataillon entwarfete die Meuterer, die unter starker Bedeckung nach Sarajevo gebracht wurden.

Weitere Mitteilungen.

Die von Oesterreich längst geplante Errichtung eines neuen (schöpferischen) Armeekorpskommandos für Dalmatien und die Herzegovina mit dem Sitz in Zara wird von unterrichteter militärischer Seite als bevorstehend angeündigt. Das sechste Armeekorps wird den Kristallisationsstern einer Armee für Operationen an der montenegrinischen Grenze bilden.
Das „Echo de Paris“ erzählt aus Ungarn umständliche Nachrichten über die Mobilmachung von 102 Infanterie-Bataillonen, die nach Bosnien und Dalmatien geschickt werden, und nennt die Verläufe lächerlich, so offenkundige Massenbewegungen geheimhalten oder abtun zu wollen.

Ein österreichisches Ultimatum.

Der Pariser „Matin“ meldet aus Wien, dort kürzlich ein Gerücht, monach der Kriegsart unter Vorbehalt des Kaisers ein Ultimatum an die Türkei wegen des Boykotts gerichtet habe. Das Ultimatum sei gestern in Istanbul überreicht worden.

Aus Wien liegt keine Bestätigung der Mitteilung vor.

Palawicini verläßt Konstantinopel.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Sicherem Vernehmen nach wird der österreichische Botschafter Markgraf Palawicini die wiederholt vergebene Abreise in den nächsten Tagen antreten.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 8. Dezember.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle a. S., 7. Dez.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Stecker, Baumeister Gygas und Fabrikant Gschler. Zunächst wird Punkt 1 erledigt: Einführung des neu-gewählten Stadtrats Frenzel. Herr Oberbürgermeister Dr. Rive hält folgende Anrede:

Die Stadtverordneten-Versammlung hat Sie zum besondern Mitgliede des Magistrats gewählt und die Königliche Regierung hat Ihre Wahl bestätigt.

Unter Ueberreichung der Anstellungsurkunde führe ich Sie in Ihr Amt ein und verpflichte Sie erneut auf den Amteid, den Sie bei Eintritt in den öffentlichen Dienst geleistet haben.

Ganz genug haben Sie, Herr Kollege, im öffentlichen Dienst, um zu wissen, welche Pflichten Ihnen diese Wahl auferlegt. Alle das Sie in allen Beziehungen heute größere Anforderungen an den Gesehen liebt, so sind auch die Pflichten des öffentlichen Amtes außerordentlich gewachsen. Immer mühseliger ist der Dienst im Staate und im Hause geworden und immer schwieriger die Arbeit in der Gemeinde. Fast scheint es, als habe noch keine Zeit wie die gegenwärtige so dringend verlangt, daß die richtigen Männer an der richtigen Stelle stehen. Erfahrungsreiche, kluge und vor allem charaktervolle Beamte fordert das Gemeinwohl.

Um so größer ist die Verantwortung derjenigen, in deren Hand die Verwaltung zu einem bedeutsamen Amte liegt. Gilt dies vom Staate, dann insbesondere von der Gemeinde. Ein Zeugniss in der Wahl — und die Entwicklung des Ganzen ist gefordert oder auf geruame Zeit geteilt, und was müssen sollte, wird zu beschwerde. Vor einer Gefahr steht allerdings die Wahl in der Gemeinde: persönliche Günstigkeit keinen Boden, nur sachliche Erwägungen und das Bestreben, den Gemeinwohl zu dienen, sind die Motive der Wahl.

Um so ehrenvoller ist darum die Entscheidung für den Gewählten, daß um so mehr werden die Pflichten, welche dieses Vertrauen begründet. In Sie, Herr Kollege, hat die Stadt-

verordneten-Versammlung das Vertrauen gesetzt, und wir haben die Zuversicht, daß Sie es beizubehalten werden.

Gerade in unserer Gemeinde betreten Sie ein Arbeitsfeld, auf dem Gedanken, Tatkraft und Charakter sich voll beweisen können. Gar bald werden Sie erkennen, wie sich in unserer Stadt die Kräfte gewaltig regnen, wie das Auge mit dem Auge ringt und die Entschlossenung um Fortschritt drängt. Sollen Sie auf die Bau- oder Schulverwaltung, auf die Betriebswerke oder das Bürgerkollegium, auf die innere Organisation oder die Finanzverwaltung, überall finden Sie Gerüste am unfertigen Bau. Auf den Gerüsten aber stehen Sie die Männer der städtischen Körperschaften, der Deputationen und der vielen anderen Organe der Stadt, den Beamten neben dem Bürger, nicht immer mit denselben Gedanken und Werkzeugen arbeitend, alle aber von gleichem Eifer und nur von dem einen Geiste befeuert, den Bau in die Höhe zu führen und zu Ruh und Frieden der Stadt zu führen.

Und in dieser Arbeitsgemeinschaft begrüße ich Sie mit herzlichem Willkommen und mit dem Wunsche, daß Sie froh werden Ihres Schaffens und sich glücklich fühlen in der Arbeit für die Stadt Halle!

Herr Vorsteher Stecker begrüßt gleichfalls Herrn Frenzel mit herzlichem Worten und macht darauf aufmerksam, daß die Bürgerhaft von Zeit, der bisherigen Wirkungsstätte des Neugewählten, ihn ungern habe scheiden lassen. Er schließt mit dem Wunsche, daß Herr Stadtrat Frenzel auch dieselbe Befriedigung und Genugtuung in seinem hiesigen Schaffen finden möge.

Herr Stadtrat Frenzel dankt für das Vertrauen, das sich in seiner Wahl ausgedrückt habe und verspricht, sich des Vertrauens durch treue Pflichterfüllung würdig zu erweisen.

Danach werden eine Anzahl geringfügige Eingänge bekannt gegeben, die bei der großen Anruhe unverändert bleiben. Ein Geluch des Herrn Henze, der sich über die Behandlung seines Sohnes auf der hiesigen Oberrealschule beschwert, geht an den Petitionsausschuß.

Punkt 2: Erziehung eines Beamtenwohnhauses auf dem Elektrizitätswerk wird auf einen Antrag des Herrn Stv. Pfaußel vertagt.

3. Die Veranschlagung genehmigt, daß der städtischen Sparkasse von deren „Zweigstelle Nord“ im Grundstück an Brunnenstraße 3a in Anspruch genommenen Räume gegen Zahlung eines jährlichen Mietzinses von 1200 Mark überlassen werden. Durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 28. Januar 1907 ist der Mietzins für die 1. und 2. Etage, bei der Sparkasse überlassen werden sollten, auf jährlich 1500 Mark festgesetzt. Da jedoch der Sparkasse die Räume des Erdgeschosses unter Ausschluß des Zimmers der Steuerheber, und die 2. Etage zur Benutzung überlassen sind, hält man einen Mietzins von jährlich 1200 Mark für angemessen. (Ref. Herr Stv. Pfaußel.)

4. Aus Anlaß eines Baugesuchs hat der Magistrat beschlossen, für die Verlängerung des Boesener Weges nach Sieden Grundstück festzusetzen. Die neue Straßentree soll hierzu die Breite des hiesigen hiesigen Teiles des Boesener Weges erhalten. Die Veranschlagung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Stephan.)

Punkt 5 fällt aus.

7. Der Haushaltsplan der Christlichen Stiftung für das Rechnungsjahr 1909 wird aufgegeben und in Einnahme und Ausgabe auf 12 852,335 Mk. festgesetzt. (Ref. Herr Stv. Pfann.)

8. Desoheilen den Haushaltsplan der Brunnen-Stiftung für 1909, der in Einnahme und Ausgabe auf 5513,80 Mark festgesetzt wird. (Ref. Herr Stv. Probst.)

9. Der Kaufmann Richard Siedner hier hat den Antrag gestellt, ihm aus dem Hause am städtischen Schlahten und Biehshof fluchtlinienmäßig zu seinem daselbst besitzenden Grundstücke entfallende Parzelle von ca. 58 Quadratmeter Größe und die das Grundstück durchschneidende Bepanzelle von 2313 Quadratmeter und die Grabenparzelle von 22 Quadratmeter Flächeninhalt käuflich zu überlassen. Das erwähnte Gelände hat er l. 2. auf Grund der früher für den Preis festgesetzt gewesenen fluchtlinienmäßigen Breite von 1050 Mark pro Quadratmeter an die Stadtgemeinde abgetreten.

In Uebereinkimmung mit der Stadtbauabteilung erachtet der Magistrat die Stadtverordneten-Versammlung, dem Verkauf der fluchtlinienmäßig von dem Siednerischen Grundstück entfallenden Parzelle zum Preise von 15 Mark pro Quadratmeter zuzustimmen. Das geschieht. (Ref. Herr Stv. Gygas.)

10. Der Fabrikant R. Ernst Weise hier läßt auf seinem Grundstücke Ecke Händel-Straße und Adolfsknoten einen Neubau errichten. Nach der planmäßigen fluchtlinie hat Herr W. ca. 1 Quadratmeter Land von dem Grundstücke zur Straße abzutreten, während er eine Parzelle von ca. 19 Quadratmeter Größe aus letzterem zum Grundstücke zu erwerben hat. Beide Flächen hat der Magistrat mit 20 Mark pro Quadratmeter bemietet. Auf einen Antrag des Herrn Stv. Emmer geht die Vorlage jedoch erst nach den Bauausführ. (Ref. Herr Stv. Reichardt.)

11. Die festgelegten Baufluchtlinien für den zwischen Jakob- und Zwinger-Straße noch ungebauten Teil der Berdramstraße würden eine unangenehme Behinderung der angrenzenden Grundstücke zur Folge haben. Der Magistrat hat daher mit dem Besitzer dieses Grundstückes eine Veränderung in der Linienführung der Straße vereinbart, die das Kollegium genehmigt. (Ref. Herr Stv. Gygas.)

12. In Plänenauer Flur soll für das Wasserwerk in Beelen der dem Dampfheizerbetrieb Mar Bauer gehörige Mühlenplan Nr. 25 von 64 Ar 60 Quadratmeter Größe zum Preise von 900 Mark angekauft werden. Den Kaufpreis wird man dem Referendats des Wasserwerks entnehmen. Die Veranschlagung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Knaab.)

Alle übrigen Punkte fallen aus.

Außerhalb der Tagesordnung referiert Herr Vorsteher Stecker über das Projekt der

Elterntalbahnh. Siedendh.-Döllnig-Halle.

Der Magistrat verlangt zu den Kosten der Ausarbeitung eines Entwurfs 500 Mark. In der Begründung führte der Referent aus, daß Halle an der Bahn ein lebhaftes Interesse habe, da es anderenfalls Gefahr laufe, den Verkehr der vollstehenden und lauffähigen Ortsschaften im Elberthal an Leipzig zu verlieren. Projektiert sei bisher nur die Linie Siedendh.-Döllnig. Ein Versuch, die Bahn in Ammenborn auf den Staatsbahnhof einmünden zu lassen, sei völlig aussichtslos. Die Staatsbahndirektion habe erklärt, daß an die Verwirklichung eines solchen Planes überhaupt nicht zu denken sei. Es bleibe also bisher nur die Strecke Siedendh.-Döllnig. Und da bestche die Gefahr, daß der Verkehr von Döllnig und Rad-

honorar nach Gehaltszahl geteilt werde, was fast nach Gehalt garantiert, dank der getreuen Verbindung der elektrischen Außenbahn von Leipzig. Dem könne begegnet werden, wenn man die projektierte Bahn Südlich-Böhmisch nach Halle hineinziehe, und zwar müsse sie in der Nähe des Staatsbahnhofs in die Deltahauptstraße münden, von wo dann der Personen- und Güterverkehr sich leicht auf die Staatsbahn überleiten lasse. Die Bahn wird als Kleinbahn ausgeführt werden. Ein Drittel der Kosten trägt der Staat, ein Drittel die Provinz, das letzte Drittel die Interessenten. Die Stadtverordneten genehmigten einstimmig die vom Herrn Vorsteher entworfenen Gesichtspunkte und bewilligten, nachdem andere Interessenten gleichfalls sich zu Beiträgen bereit erklärt haben, die verlangten 500 Mark.

Der Evangel. Vereinshaus-Verein zu Halle
berichtet seinen IX. Jahresbericht. Ihm entnehmen wir folgenden: Das verfloßene Betriebsjahr war ungetrübt und ertragreich, denn 1048 Felle waren mehr eingekauft, im ganzen 8491, 70 Felle mehr verkauft im Hause und 60 Felle mehr im Durchschnitt der täglichen Mittagsfelle. Die Einnahmen des laufenden Jahres betragen 29 716,30 Mark, denen an Ausgaben 27 022,48 Mark gegenüberstehen.

Die Ausgaben setzen sich folgendermaßen zusammen: Licht und Wasser 2457,32 Mk., Heizung 2385 Mk., Gehälter und Löhne 5583,78 Mk., Steuern 665,80 Mk., Zeitungen und Posten 509,51 Mk., Kranen- und Invalidentversicherung 447,89 Mk., Hypotheken- und Kontokorrent-Zinsen 6545,49 Mk., Unterhaltung des Grundstücks und Gebäudes 3374,99 Mk., Versicherungsgelder 287,83 Mk., Erneuerung des Inventars 3030,76 Mk., Wäsche 852,04 Mk., Diverses 1032,23 Mk.

Die Wünsche der Postintendanten.
Bei der am 6. Dezember 4 Uhr nachm. im „Wintergarten“ sehr hart beschleunigten der Ober-Polizeiinspektor, Ober-Briefträger und Ober-Leitungsaufsicher in Oberpostdirektionsgebäude Halle wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 6. Dezember, in Halle versammelten Mitglieder der Ober-Polizeiinspektor-Vereinigung Halle erklären die in der Besoldungsvorlage für die Unterbeamten der geborenen Klasse in Aussicht genommenen Gehalts- und Wohnungsgelöhne mit Rücksicht auf ihre äußerst bedrückte wirtschaftliche Lage, sowie im Hinblick auf ihre außerordentlich gesteigerte Diensttätigkeit und ferner aus dem Grunde für völlig unannehmlich, weil mit den beschaffigsten Aufstellungen weder in ihrer Lebenshaltung noch in der Befriedigung ihres Wohnbedürfnisses eine Besserung erreicht werden kann.“

Um diese Besserung im Interesse ihrer Familien, der Verwaltung und der Allgemeinheit zu ermöglichen, bitten sie den Reichstag, dahin wirken zu wollen, daß der Unterbeamten der geborenen Klasse (Ober-Polizeiinspektor, Ober-Briefträger und Ober-Leitungsaufsicher)

1. ein Gehalt von 1500—2200 Mark, in 15 Jahren erreichbar, und
2. ein Wohnungsgeld-Zuschlag in gleicher Höhe wie den mittleren Beamten gewährt wird.“

Clara Wiebig las gestern abend in der literarischen Gesellschaft eigene Dichtungen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Dichterin trug die ersten beiden Kapitel aus ihrem neuen Roman „Das Kreuz im Venn“ vor und erzielte herrlichen Beifall. Wir werden heute abend Näheres mitteilen.

Der Volkshaus gegen Schmutz in Wort und Bild sammelt seit einiger Zeit Unterschriften zu folgender Eingabe an die Regierung und Parlamente: Die Gefährdung unserer Jugend und damit des ganzen deutschen Volkes durch den Schmutz in Wort und Bild wird nach den Ereignissen der letzten Zeit auch von denen anerkannt, die der Gefahr früher gegolten haben. Manches ist zwar erreicht. Mit dankenswerter Unterstützung der Behörden und der Presse ist es gelungen, gewisse Blätter von den schmutzigen Anzeigen zu säubern. Aber viel mehr bleibt noch zu tun. Im Interesse der deutschen Jugend fordern wir, daß die Regierung gegen die öffentliche Auslegung von Bildern und Schriften einschreite, die weit entfernt der Kunst oder Wissenschaft zu dienen, lediglich darauf berechnet sind, in schamloser Weise die Sinnlichkeit zu reizen, damit gegen solche Kinematographen und Plakate, die bewiesenen Zwecken dienen.“ Man erlaube auf einer Volksliste keine Zustimmung und erlaube zur Sammlung von Unterschriften Eingangslisten von der Geschäftsstelle des Volksbundes, Berlin N.W. 97, Heußstraße. Die Sammlung von Unterschriften soll in N. 97 anfangs 1900 fortgesetzt werden.

Stenographen-Verein Stolze-Schrenk von 1858. In der letzten im „Frenzenbräu“ abgehaltenen Monatsversammlung wurden einige neue Mitglieder aufgenommen. Der Bericht über das Vereinswesen schließt sich an ein erfreuliches Bild; mit Preisen wurden folgende Herren ausgezeichnet: Fritz Urfin, Wiebig, Sommer, Freyberg, Grubel und Hermann. Im Anschluß an eine Aussprache über die Aufgaben der Stenographenvereine zur Ausbildung ihrer Mitglieder wurde ein Fortbildungskursus für Mitglieder und auch dem Verein noch fernestehende Schriftgelehrten, die sich in der Kurzschrift Stolze-Schrenk weiter ausbilden wollen, ins Leben gerufen. Nebungsabende finden vorläufig Freitags abends im Frenzenbräu, N. 97, Marktstraße 10, statt.

Ein Gesundheits-Ausschuss soll siddlichseits angefertigt werden, der die Aufgabe hat, darüber zu wachen, daß vorchriftsmäßige Desinfektionen bei anstehenden Krankheiten ausgeführt werden. Dieser Vorschlag, laut der Stadtverordneten-Liste, 1500. März Jahresgeschäft einbringen.

Im Sandanger ist vor einigen Tagen der nördliche Abhang der Fichtelstein-Gruppe, von der Schieferhöhe bis zum Ende der Fichtelstein-Gruppe, mit Hieracium-Becksteinen besetzt worden. Die dortige Gegend mit ihren Spielplätzen wird durch diese Anpflanzung bedeutend verschönert.

Geflügel-Verlag. Vor dem Klüppelstein eines Hauses in der Richterstraße hing ein prächtiges Fasan. Liebhhaber eines leckeren Bratens holten indes das schmachtige Tier und ließen nur den Kopf zurück.

Erwischter Dieb. Letztlich mietete sich ein angeleglicher Bankbeamter ein möbliertes Zimmer. Bald verschwand er und nahm 250 Mark und ein Sparfassenbuch der Wirtin mit. Bei Einlösung des Buches wurde er gefahren festgenommen.

Unterhaltungsblatt.

Remis. Roman von B. v. d. Linden. (Fortsetzung.)
Der Bodas Gärtner. Heitere Novelle von Ralph v. Ramis. (Eslu.) — Bunte Zeitung. Wie Könige Weinachten feiern. Vom Sturm auf die Düppeler Schanzen. Das Heulichen. Das Legion der Affenprache.

Vermischtes.

Haftentlassung der Frau v. Schönebeck.

Wie schon telegraphisch gemeldet, wurde Frau von Schönebeck aus der Haft entlassen. Auf ihr Antraben hatte, wie erinnerlich, am ersten Weihnachtstage des vorigen Jahres der unglückliche Hauptmann v. Goeben (der dann im Gefolge durch Schönebeck erbebt) den Gatten der Dame, Major v. Schönebeck, erschossen. Leber die Gründe und Folgen der Haftentlassung wird berichtet:

München, 7. Dez. Der am 31. Dezember 1907 gegen Frau v. Schönebeck erlassene Haftbefehl ist jetzt aufgehoben worden. Frau v. Schönebeck ist bereits aus der Haft entlassen. Sie bleibt jedoch vorläufig noch in der Provinzial-irrenanstalt Kortau, wohin sie wegen plötzlich eingetretener Geisteskrankheit einige Tage nach ihrer Verhaftung gebracht wurde. Frau v. Schönebeck war noch vor einiger Zeit sehr krank, in den letzten Wochen machte ihre Genesung aber große Fortschritte, sie wird sich nach Verlassen der Irrenanstalt in ein außerhalb Ostpreussens gelegenes Sanatorium begeben. Die Haftentlassung der Frau v. Schönebeck hat folgende Vorgeschichte: Das Medizinalkollegium in Königsberg beschäftigte sich in seiner Sitzung am 21. November mit dem Geistesanfall der Frau v. Schönebeck. Das Medizinalkollegium sprach sich in keinem Gutachten dahin aus, daß die Voraussetzungen des § 5 des Strafgesetzbuches in dem Falle der Frau v. Schönebeck mit hoher Wahrscheinlichkeit als vorliegend anzusehen sei. Sie habe sich bei der Anstellung und Beistellung zum Teil in einem Zustand befunden, der ihre freie Willensfreiheit und Zurechnungsfähigkeit ausschloß. Auf Grund dieses Gutachtens stellte der Verteidiger der Frau v. Schönebeck, Rechtsanwalt Salzman, den Antrag, Frau v. Schönebeck aus der Haft zu entlassen. Nachdem sich der Staatsanwalt beim Landgericht München zumündend geäußert hatte, verfügte der Untersuchungsrichter die Haftentlassung der Angeklagten.

Die beiden Kinder der Frau v. Schönebeck sind in der Familie eines Bruders des erschossenen Majors untergebracht worden. Ihnen steht das testamentarisch vermachte Vermögen des Vaters in Höhe von 85 000 Mark zu. Das Haus, in dem sich die Offizierstranddie abspielte, ist heute das friedliche Heim einer Haushaltungsgemeinschaft.

Die „tragische Witwe“ Steinhilf.

Auch die geistliche Vernehmung der Frau Steinhilf hat sich nicht auf die Tat selbst bezogen. Es wurde lediglich festgestellt, daß ein Schuß in die Steinhilf schon mehrere Monate vor der Tat auf geheimnisvolle Weise verschunden war, daß die Zuzumel der Madame Steinhilf vor dem Verbrechen vorliegt waren und einige Tage früher von einer Person, die nach nicht festgestellt wurde, wieder eingekauft worden sind, daß endlich Madame Steinhilf nicht zufällig am Tage vor der Mordtat am Besuch eintrat, sondern schon am Tage vorher, und daß ihr Besuch mit ihrer Tochter verabredet war.

Zur Auffklärung der Mordaffäre hat die Hausführung in der Wellener Villa stattgefunden. In diesem Klein-Trianon der Frau Steinhilf befinden sich alle Möbelstücke nach in demselben Zustande und in derselben Ordnung wie zur Zeit, da Frau Steinhilf unter dem Namen der Frau Pröbstl Gastfreundschaft in dem bekannten Anstange über. Der Kommissar wollte mit seinen Nachforschungen auch feststellen, ob derartige Vorfälle nach der Villa gelangen konnte, ohne die Frau Steinhilf und die Familie Bonfion im Schilde zu führen. In diesem Punkte lautet der Bericht des Kommissars sehr präzis. Die in der Villa „Logis vert“ beschlagnahmten Briefe und Fotos befinden sich in einer Schublade des Sekretärs unter verdeckten Klappen. Zur Charakteristik der gefundenen Gegenstände bemerkt der Kommissar:

„Für einen Romancier ist alles höchst interessant. Wir betrachten vergleichen freilich mit anderen Augen.“
Nach dem „Zentralblatt“ sollen Frau Steinhilf und deren Mutter nach dem Tode Felix Faures in Saas und Braus gelebt haben, und zwar von den fünfzigsten Jahren, die der Frau Steinhilf von einer nichtfranzösischen Gesellschaft ausbezahlt wurden, bei der

Faure junger der Frau Steinhilf verheiratet gewesen war. Daß Felix Faure die Mutter seiner Geliebten persönlich getannt hat, geht aus verschiedenen Angaben glaubwürdiger Zeugen hervor, deren einer sich erinnert, daß im Jahre 1898 im Sommer Beaucourt, der Wohnort der Frau Zapp, besichtigt gewesen sei, weil es hieß, Felix Faure werde auf der Rückreise von Besfort hin in Beaucourt aufhalten.

Neues Beweismaterial gegen Frau Steinhilf.

In der Haftentlassungs-Affäre ist eine neue Tatsache aufgetaucht und wird von den Angeklagten erklärt werden müssen. Im Tage vor dem Verbrechen in der Villa Konfin hat sich Frau Zapp in Montbouton bei Beaucourt befunden und wurde von Frau Steinhilf dringender Gesäfte halber telefonisch nach Paris berufen. Die Mitteilung wurde einer Belehnten Frau Zapps gemacht und dieser sofort übermittelt. Der „Tag“ erhält dazu nachstehendes Telegramm:

Paris, 7. Dez. Die nunmehr durch Zeugen bekräftigte Tatsache, daß Frau Zapp, einer Einladung ihrer Tochter, der Frau Steinhilf, folgend und nicht aus eigener Entscheidung nach Paris kam, ist überaus schwerwiegend. Frau Steinhilf steht fortan vor der Aufklärung des geplanten Gatten- und Muttermordes.

Es ist auch eine Persönlichkeit aufgefunden worden, die logisch nach dem Mord genaue Angaben über die Bewohner der Villa Konfin hat und Bezüge in der Mordnacht gemacht hat, Angaben, deren Richtigkeit festzustellen die Justiz sechs Monate gebraucht habe. Offenbar lücht die Kriminalpolizei, die immer zurückhaltender in ihren Angaben wird, nach jener Persönlichkeit, mit der das Journal sich bereits beschäftigt hat und über die es weitere Angaben nicht machen wollte, um die Schritte der Justiz nicht zu stören. — Der Verlobte des Fräulein Steinhilf erklärt, seiner Braut treu zu bleiben.

Ein Hundstehnjährige gelobten. Die unter dem Namen „Sohlenbärde“ bekannte Witwe Babette Künelt ist in der Nacht zum Sonnabend in Kitzingen (Unterfranken) gestorben.

Umhangsreife Untersuchungen wurden bei der Maschinenfabrik Franz Jäger in Duisburg erndet. Die untersuchenden Beträge beschlagnahmten über 70 000 Mk. Ein langjähriger Buchhalter wurde verhaftet.

Selbstmordverbrechen einer Zirkusartistin. Die bei dem Zirkus Cinquetti in Warschau engagierte französische Schauspielerin Helene de Broval verurteilte sich zu erschießen. Als ihr Geliebter, ein polnischer Graf, von ihr verlangte, sie solle den Zirkus verlassen, gab sie vier Kugeln in sich ab, die sie aber nur leicht verletzten.

Letzte Nachrichten.

Auch die Fußartillerie bekommt nur noch Batterien.
Berlin, 7. Dez. Das Armeeverordnungsblatt veröffentlicht einen Erlass, daß die Kompagnien der Fußartillerie künftig in die Bezeichnung Bata-

Das Berggesetz in der zweiten sächsischen Kammer.
Dresden, 7. Dez. Bei der Schlussberatung des Berggesetzes in der zweiten Kammer verließerte Finanzminister Dr. v. Rüge, daß die Regierung bereit sei, die Bergschönbrunnfrage einer ernstlichen Prüfung zu unterziehen, die Berggesetz, vielleicht schon in nächster Landtag eine begünstigende Gelegenheit vorliegen zu können. Wären möchte er aber

davor, zu den von Arbeitern zu wählenden Kontrollleuten überzugehen, denn unter dem Vorbehalt des bewährten gewählte Bergkontrollleute zu einem Berggesetz der Sozialdemokratie für politische Zwecke werden wollen. Der Bergbau brauche Frieden zwischen Bergbesitzern und Arbeitergebern. Die Sozialdemokratie sei aber nicht diejenige Partei, die den Frieden stifte, sondern richte ihre Bestrebungen auf etwas ganz anderes. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Finanzminister Dr. v. Rüge auf eine Anfrage, daß die sächsische Regierung nicht für ein Reichsberggesetz sei. Die sächsische Regierung bestimme sich nicht allein mit dieser Ansicht, sondern, soweit er wolle, seien alle Bundesregierungen gleiches Meinung. Nach weiterer Beratung nahm die Kammer die Novelle zum Berggesetz an.

Der Schwarzburg-Rudolstädter Landtag.
Rudolstadt, 7. Dez. Nach der heutigen Landtagssitzung, wahl, bei der der Gutsbesitzer Knapp (B. d. L.) gewählt wurde, legt sich der Landtag aus 14 Mitgliedern und sechs Sozialdemokraten zusammen.

Der König von Dänemark in München.

München, 7. Dez. Der Prinzregent, der vormittag mit dem König von Dänemark Besuche austauschte, verließ und überreichte dem König dabei den Hubertusorden. Der König von Dänemark war mit seinem Gefolge heute nicht allein mit dieser Ansicht, sondern, soweit er wolle, seien alle Bundesregierungen gleiches Meinung. Nach weiterer Beratung nahm die Kammer die Novelle zum Berggesetz an.

Von der internationalen Zuckerkonferenz.
Brüssel, 7. Dez. Die internationale ständige Zuckerkonferenz, an der 14 Nationen teilnehmen, ist am 6. d. M. in Brüssel in der Sitzung des bewährtesten Ministers Kapell zusammen. Nach Regelung einiger Formalitäten und einer Erörterung über den Export englischer Zuckers wurde die Sitzung am morgen vertagt.

Italien braucht keine Anleihe zu Rüstungen.

Rom, 7. Dez. Die „Agenzia Stefani“ erklärt auf das Bestimmteste, daß das von einigen Blättern verbreitete Gerücht, die Regierung beschäufte sich zur Deckung der neuen außerordentlichen Anleihe für Militärzwecke eine Anleihe auszumachen, unzutreffend sei.

König Edwards Krankheitsfall.

London, 7. Dez. Der König, der seit einigen Tagen erkrankt ist, verläßt morgen zur Luftveränderung London und begibt sich voraussichtlich nach Brighton.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 7. Dez. Auf den Hinweis, daß Admiral Jimmis kürzlich in einer Rede in Dover erklärte, es sei ihm bei einem Flottenmanöver gelungen, im Nebel an der englischen Verteidigungsflotte vorbei die schottische Küste zu erreichen, wies der Marineparlamentarischer Sekretär Mc. Kennan darauf hin, daß seit Januar d. J. Jimmis inaktive sei. Außerdem behauptete dieser, die ihm zugesandte Erklärung des Admirals auf falscher Auffassung und Verwechslung eines Teiles seiner Rede. Mc. Kennan erklärte dann ausdrücklich, während des Flottenmanövers sei ein ähnlicher Fall nicht vorgekommen. — Der Premierminister jagt die Unterrichtsminister zurück, mit dem Bedauern, daß dadurch die Regelung der Unterrichtsfrage verzögert sei, und daß die großen Bemühungen Runcimans und des Erzbischofs von Canterbury umsonst gemacht worden seien.

Ein Munitionslager lag in der Luft.

London, 7. Dez. Den Wundenblättern wird aus Kalkutta gemeldet, daß sich in dem sechs Meilen nördlich von dieser Stadt bei Dumdum gelegenen Munitionslager eine furchtbare Explosion ereignete, durch die viele Soldaten getötet worden sein sollen.

London, 7. Dez. Die Wundenblätter berichten weiter aus Kalkutta: Nach den letzten Meldungen sind infolge der Explosion auf dem Munitionslager elf Soldaten getötet und 26 schwer verletzt worden. Sämtliche Opfer sind Indier.

Die Cholera in Petersburg nimmt zu.
Petersburg, 7. Dez. Die Cholera nimmt wieder zu. In der vergangenen Woche sind täglich über 20 Erkrankungen vorgekommen. Heute sind 33 Personen erkrankt und acht gestorben. Der Krankenstand umfaßt 243 Wunden.

Neues Palais. 7. Dez. Der Kaiser hörte heute vormittag die Vorträge des Finanzministers und des Obersten des Finanzkabinetts und empfing den Tiergartenredakteur Treubemann.

Uittenburg. 7. Dez. Der Herzog hat der kgl. Kammerfängerin Marie Wiltch in Dresden, die in der letzten Aufwägung der „Waltüre“ als Singdame hier aufgeführt, die Goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Bern. 7. Dez. Der Ballon „Cognac“ geführt von Viktor de Beauclair vom schweizerischen Aéroclub, ist am Freitag in Birmensdorf angekommen und am Montag bei Aulla (Italien) nach Schindiger gebirge gelandet. Er überflog die Pizostischen Alpen und das Adriatische Meer von Pola nach Cejato.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Vermittlung: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermittlung: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: J. B. Gwin; für den Fremden- und Reise-Teil: Friedrich Endrusat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

